

Gesellschaft- und Zeitdiagnose

Bereits in den 1980er Jahren begannen **tiefgreifende Wandlungsprozesse** des Sozialen, verstärkt nach 1989 durch die globalisierte ökonomische Entwicklung, auf den Ebenen sozialstaatlicher Sicherungssysteme, sozialer Dienste und Institutionen sowie verschärfter Problemlagen bei den Adressatinnen und Adressaten von Sozialer Arbeit. Geschwindigkeit und Tiefe des Wandels haben sich seitdem noch verstärkt.

In diesem Zusammenhang wird die Zukunft der Sozialen Arbeit derzeit kontrovers diskutiert. Deutlich ist, dass gegenwärtig sichtbare und künftig absehbare **Ambivalenzen und Konfliktlinien neu verhandelt** werden müssen. Soziale Arbeit verliert ihre bisherige wohlfahrtsstaatliche Einbettung. Jedenfalls verändern sich Reichweite und Art ihrer sozialpolitischen Einbindung.

Für die Soziale Arbeit bedeutet dies nicht weniger als ein **fundamentaler Paradigmenwechsel** auf allen Ebenen, der erhebliche Konsequenzen nicht nur für viele ihrer bisherigen Zielgruppen, sondern auch für die Planung und Durchführung Sozialer Arbeit und Sozialer Dienste hat.

Vom Wohlfahrtsstaat zum Sozialstaat und die Politik des dritten Weges

Fasst man die Entwicklungen in den europäischen Wohlfahrtsstaaten ins Auge, dann lassen sich seit einigen Jahren Konturen eines neuen Leitbilds seiner „Modernisierung“ erkennen. In Europa hat sich seit Beginn der 1990er Jahre unter sozialdemokratischer Federführung eine „Politik des Dritten Weges“ (Giddens) zur **Reform des Wohlfahrtsstaates** herausgebildet, der darin besteht, den Wohlfahrtsstaat mittels neoliberaler Marktvorstellungen umzubauen.

Staat und Gesellschaft werden zwecks Effizienzsteigerung auf den verschiedensten Ebenen Markt- und Wettbewerbselemente eingebaut, was zugleich von massiven Rückbauarbeiten im Sozialstaat begleitet wird. Dieser **Um- und Rückbau des Sozialstaates** findet unter der Lösung statt, dass in Zeiten der Globalisierung bzw. Europäisierung der Sozialstaat auch weiterhin zur Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts gebraucht wird. Aus Wettbewerbsgründen mit anderen Wirtschaftsstandorten dieser Welt müssten aber Leistungstiefe und Finanzierung neu organisiert werden..

Globalisierung und Sozialstaat

Unter Globalisierungsbedingungen wird der Sozialstaat heute vornehmlich hinsichtlich seines Beitrages zur Steigerung nationaler Wettbewerbsfähigkeit beurteilt: Nur was der Förderung der **Weltmarkttauglichkeit** dient, erscheint noch (sozial) gerechtfertigt und alle aus Sicht der Weltmarktfähigkeit nicht produktiven Ausgaben sind folglich zu reduzieren.

Damit steht die klassische Transfersozialpolitik insgesamt unter dem Verdacht **zu hoher Kosten**, weshalb der Sozialstaat „produktivistisch“ umgebaut werden müsse. Dabei wird die Förderung der persönlichen Erwerbsfähigkeit, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit in der Arbeitsmarktkonkurrenz zum Kriterium der Gewährung sozialstaatlicher Unterstützungsleistungen erhoben.

Sozialpolitik zielt so auf die unbedingte Förderung der **Beschäftigungsfähigkeit** (employability) und zugleich auf Vermeidung von **Sozialleistungsbezug**, d.h. auf Verringerung des Aufwandes für Sozialpolitik im traditionellen Sinne ab.

Der Wandel des Sozialstaates ist deshalb vor allem als Modifizierung der klassischen „Umverteilungspolitik“ zu verstehen, die allerdings auch in früheren Zeiten nie einen anderen als den wirtschaftsfreundlichen Zweck der Schaffung und des Unterhalts einer für den Standort tauglichen personalen Infrastruktur besaß. Der Sozialstaat kümmerte sich demnach immer schon um die **wirtschaftliche Brauchbarkeit und Wiederverwendung** seiner auf Sozialtransfers und soziale Hilfen angewiesenen Bürger.

Neu ist allerdings, dass gegenwärtig auch der sozial- und aktivierungspädagogischen Betreuung der aus der Lohnarbeitsgesellschaft heraus gefallenen Bürgerinnen und Bürger eine besondere staatliche Aufmerksamkeit geschenkt wird. Diese neue aktivierende und sozialinvestive Sozialpolitik versteht sich als **selbstkritische Korrektur** einer nunmehr als fehlerhaft und verschwenderisch beurteilten Sozialpolitik

Die Sicherung bzw. Wiederherstellung der Beschäftigungsfähigkeit der auf Erwerbsarbeit angewiesenen Bevölkerungsteile impliziert die Streichung bzw. Kürzung von Sozialleistungen derjenigen, die für eine Teilnahme am marktwirtschaftlichen Erwerbsleben nicht mehr in Betracht kommen. Angesichts von Massen- und Dauerarbeitslosigkeit werden breitere Bevölkerungsgruppen als **ökonomisch Überflüssige** eingestuft und die Aufrechterhaltung des bisherigen sozialstaatlichen Leistungsniveaus als schlicht kontraproduktive Fehlinvestition gehandhabt.

Die Krise des Sozialstaats der Nachkriegszeit

Das sozialstaatliche Erfolgsmodell der Nachkriegszeit, welches auf der Erkenntnis beruhte, dass das Konkurrenzprinzip des Marktes allein nicht Grundlage von Gesellschaft sein kann, weil es zu viel Ungleichheit, Armut und soziale Verwerfungen produziert, gerät spätestens nach dem Untergang des real (nicht) existierenden Sozialismus in die Krise und in die Kritik.

Die Ursachen dieser Entwicklung werden hierfür wie folgt benannt:

Technologien

(1) Da sind zum einen die technischen Innovationen und Revolutionen, was vor allem im Bereich der Informationsverarbeitung und der Kommunikationstechnik zu einem immensen **Produktivitätszuwachs** führt, der die menschliche Arbeitskraft immer ergiebiger werden lässt. Produzierte ein Arbeitender in Deutschland im Jahr 1960 in einer Stunde Güter und Dienstleistungen im Wert von rund 9 Euro, so erwirtschaftete er rund 40 Jahre später schon einen Gegenwert von ca. 32 Euro. 1980 erforderte die Produktion einer Tonne Stahl in einem amerikanischen Stahlwerk rund 10 Stunden menschliche Arbeit, 20 Jahre später nur noch zwei Stunden.

Internationalisierung und Globalisierung von Kapital- und Handelsströmen

(2) Die Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechnologien sind auch die Möglichkeitsbedingung des zweiten Aspekts: der rasant zunehmenden **Internationalisierung und Globalisierung von Kapital- und Handelsströmen**, die die einzelnen Nationalstaaten und damit auch die nationalen Ökonomien und Sozialsysteme zunehmend unter Druck setzen.

Politische Entscheidungen

(3) Die neuen technologischen Möglichkeiten alleine sind allerdings nicht für die in Geschwindigkeit und Ausmaß zunehmende Globalisierung verantwortlich, auch wenn uns das der vielstimmige Chor aus Politik und Wirtschaft mit seinem allgegenwärtigen Lied vom Sachzwang häufig glauben machen will. Dazu bedurfte es vielmehr konkreter politischer Entscheidungen auf nationaler und internationaler Ebene. Ohne politische Entscheidungen gibt es keinen Freihandel und keine Globalisierung. **Globalisierung ist das Ergebnis einer bewussten politischen Gestaltung von Wirtschaftsräumen im Zeichen von Deregulierung und Liberalisierung.**

Gesellschaftliche Problemkreise

Moderne Gesellschaften haben bis dato alle Probleme durch Wachstum gelöst. Schrumpfungprozesse waren strukturell nicht vorgesehen und führen zu einer sinkenden Anpassungsfähigkeit. Die Problemkreise können folgendermaßen skizziert werden

- sinkende Investitionschancen, die Wirtschaftswachstum vermindern,
- verlangsamte Erneuerungsgeschwindigkeit bei Mangel an beruflichem Nachwuchs,
- steigende Nachfrage nach personenbezogenen Dienstleistungen mit der Folge einer reduzierten Nachfrage nach anderen Gütern,
- intensiviert Verteilungskonflikte angesichts der Relation von Erwerbsbevölkerung zu Nicht-mehr-Erwerbstätigen,
- das Altern der Wählerschaft und ihre Rückwirkung auf politische Präferenzen und Rücksichtnahmen,
- exponentielle Beschleunigung des Geburtenrückgangs durch weniger Frauen im gebärfähigen Alter in nachfolgenden Generationen,
- die Zunahme von Kinderlosigkeit und damit abreißen Generationenbeziehungen in der Familie sowie
- ein Bedeutungszuwachs des kulturell und institutionell kaum strukturierten „dritten Alters“ zwischen Erwerbsaufgabe und gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

Neue Unterschichten bzw. Marginalisierung

Nolte nennt **drei zentrale Triebkräfte** für die Entstehung neuer Unterschichten und neuer Formen der Marginalität:

1. Migration

durch soziale Abschottung, kulturelle Segmentierung und das Scheitern der Akkulturation in der dritten Generation verbinden sich Migration und Unterschichtung in europäischen Gesellschaften in starkem Maße.

2. Erosion der Familienordnung

Die **Erosion der traditionellen Familienordnung** stellt einen zweiten Faktor für die Entstehung von Marginalität dar. In den Unterschichten fehlten nicht nur die materiellen, sondern die kulturellen Ressourcen, um das Leben in individualisierten Konstellationen auch sozial und emotional aufzufangen. Deswegen führe die moderne Patchworkfamilie in unteren sozialen Schichten vermehrt in Erziehungskatastrophen.

3. Zerstörung kultureller Gemeinsamkeit

Die Massenkultur des 20. Jahrhunderts sei zu einer **Klassenkultur verschiedener Lebens- und Kulturstile** geworden. Vor allem die Kommerzialisierung des Fernsehens habe ein Zielgruppenmedium entstehen lassen und die kulturelle Gemeinsamkeit in der Gesellschaft zerstört; die Unterschiede gehen aber weit darüber hinaus und betreffen viele Konsummuster wie Automarken, Kleidung, Lebensmittel.

Als empirische Kategorie betrachtet, ist die ideologische und diffamierende Rede von der ‚neuen‘ Unterschicht insgesamt irreführend und alles andere als neu. Interessant ist sie vor allem aus zwei Gründen:

Erstens, weil sie das diskursive Gegenstück zur aktiven Bürgerin materiell zu verdichten sucht und zweitens, weil sie die ‚Trumpfkarte‘ der Befürworterinnen des Sozialstaats gegen seinen neoliberalen Abbau, nämlich die offensichtliche, unterdrückende Existenz von Elend, Deprivation und Marginalität nicht bestreitet, sondern gegen die sozialstaatliche Lösung selbst wendet.

Mit den hergebrachten Mitteln der Sozialarbeit und Sozialhilfe, so konstatiert etwa Heinz Bude, sei gegen dieses Entgleiten aus der Gesellschaft offenbar nichts auszurichten. Im Gegenteil: Die überkommenen Formen des Sozialstaats seien ein Teil des Problems. Denn durch eine **fürsorgliche Vernachlässigung**, durch die ‚Fehlreize‘ großzügiger **passivierender Leistung** und schließlich durch das systematische Ausblenden der Verantwortung der Betroffenen hätte der Sozialstaat eine Armutsfalle gestellt, in der die wohlfahrtsabhängig gemachte ‚neue Unterschicht‘ gefangen sei.

Der Sozialstaat selbst habe eine **passive, kulturell, geistig und moralisch verwahrloste Versorgungsklasse mit selbst- und gemeinwohlschädigenden Lebensführungsweisen** erzeugt, indem er ihre Verantwortung und ihren Aufstiegswillen unterminiert und ihre Lethargie und mangelnde Leistungsbereitschaft staatlich subventioniert hätte.

Heute und künftig geht es der Sozialpolitik nicht mehr um eine Umverteilung von Ressourcen und Sicherung von Rechten, sondern um eine Politik der Veränderung und Produktion von Haltungen, Lebensentwürfen und Lebensführungspraktiken.

Der aktivierende Staat

Die viel beschworene „Krise des Sozialstaats“ lässt das etablierte Modell sozialer Sicherung mehr und mehr als fragwürdig erscheinen. Als Lösung wird das Modell des **aktivierenden Staates** eingeführt. Allgemein ist höchstens die Dosis strittig, nicht die Prinzipien. Versucht man diese zu verdichten, so lässt sich die Essenz des aktivierenden Staates auf zwei Punkte verdichten: mehr Markt und mehr Selbstverantwortung.

Mehr Markt

Zum einen setzt der aktivierende Sozialstaat prinzipiell auf weniger staatliche Regulierung und mehr Markt und Konkurrenz. Der aktivierende Staat zielt auf den Abbau staatlicher Eingriffe in die Prozesse des Marktes: Kostenentlastung der Unternehmen, Abbau von Arbeitnehmerrechten und Flächentarifverträgen, Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen usw.

Mehr Selbstverantwortung

Das zweite Standbein des aktivierenden Sozialstaats ist die Forderung und Förderung von mehr Selbstverantwortung der Bürger — was nichts anderes bedeutet als Rückzug von Staat und Ökonomie. In Zahlen ausgedrückt: In den letzten Jahrzehnten vollzog sich eine flächige Privatisierung der Kosten sozialer Sicherung in allen Feldern. So sank der Beitrag der Unternehmen und der Selbständigen zur Finanzierung öffentlicher Leistungen zwischen 1970 und 2003 von 31% auf 15%. Demgegenüber stieg der Anteil der privaten Haushalte an der Erbringung des Sozialbudgets zwischen 1960 und 1998 von 21,5% auf über 31% (vgl. Institut der Deutschen Wirtschaft).

Mehr Selbstverantwortung heißt auch ein neues Verhältnis von Rechten und Pflichten bei denen, die auf die Unterstützung der Gemeinschaft angewiesen sind: „Der Einzelne muss mit der Gemeinschaft solidarisch sein und rechtfertigen können, warum und inwiefern er dieser Gemeinschaft die Kosten seiner eigenen Risiken aufbürden kann.“ (Nolte).

Das Prinzip „Mehr Selbstverantwortung“ heißt zugleich gezielte Aktivierung „von oben“, wobei die Bürgerinnen und Bürger dort aktiv(iert) werden sollen, wo sich der sparsame Sozialstaat zurückzieht. „Sozialpolitik war der Tribut, den das Kapital im Interesse möglichst reibungslosen Wirtschaftens über hundert Jahre lang... zu entrichten bereit war. Weil heute der Gegner keine Kraft mehr hat, ist es damit vorbei. Es heißt jetzt ‚Eigenverantwortung‘, wenn die Schwächeren sich selbst überlassen bleiben“..

Mit dieser Forderung verbreitet sich ein neuer Existenzialismus, der soziale Nachteile als falsche Entscheidungen individualisiert und keine ‚sozialen Umstände‘ mehr gelten lässt. Damit ist auch die Neigung verbunden, Benachteiligte moralisch abzustrafen und öffentliche Demütigungsrituale zu inszenieren.

Strukturprinzipien von „Aktivierung“

1. der Wandel von „welfare“ zu „workfare“

d.h. der Übergang zu einem sozialpolitischen Modell, das nicht die Sicherung eines Minimums an soziokultureller Teilhabe ins Zentrum der Bemühungen stellt, sondern die Stärkung der individuellen Wettbewerbsfähigkeit. Damit wird tendenziell der alte Grundsatz der Sozialen Arbeit, dass sie nämlich Hilfe zur Selbsthilfe leistet, verkürzt auf Hilfe zum Wettbewerb“. Die Erzeugung von Humankapital wird zum Kern aller sozialpolitischen Bemühungen des aktivierenden Staates und zum alleinigen Erfolgsindikator.

2. Verhaltens- statt Verhältnisorientierung

d.h. Nicht (Arbeits-)Märkte werden reguliert und öffentliche Beschäftigung gefördert, sondern die **Menschen sollen fit gemacht** werden für den Wettbewerb. Der aktivierende Staat beinhaltet also im Kern seiner Philosophie ein pädagogisches Programm, nämlich die Formung der Menschen nach den Erfordernissen der Ökonomie durch Prävention. Bildung, Qualifizierung, Beratung, Betreuung, Druck und Sanktionen. Damit erlebt die fürsorgliche Belagerung ein kaum für möglich gehaltenes Comeback.

3. Autoritäre Verknüpfung von Rechten und Pflichten

Das sozialpolitische Aktivierungsparadigma geht davon aus, dass die Bürger nicht nur mit Rechten, sondern auch mit Pflichten ausgestattet sind, was zu einer Neubestimmung des Ver-

hältnisses von Staat, Gesellschaft und Bürgern führt. Zu den elementaren Bürgerpflichten gehört vor allem die Pflicht zur Arbeit; wer diese Pflicht gegenüber der Gesellschaft und ihrem Wohlfahrtsstaat nicht nachkommt, hat mit Sanktionen zu rechnen, bis hin zur Streichung aller Lohnersatzleistungen. Adressat des neuen Pflichtendiskurses sind zum einen die „Normalbürger“, die „neue Mitte“, die an die Notwendigkeit zum Engagement ermahnt werden, zum anderen aber vor allem die sog. „neuen Unterschichten“, die man mittlerweile meint auch in der Bundesrepublik finden zu können.

Ziel ist es, allen Bürgern zu verdeutlichen, dass sie **mehr Eigenverantwortung für sich und Engagement für sozial Benachteiligte** entwickeln müssen, d.h. mehr Selbstinitiative wie aber auch mehr Selbststeuerung und Selbstdisziplinierung üben müssen.

Unbeständigkeit

Kennzeichen der neuen Ökonomie ist ihre **Unbeständigkeit**. Diejenigen Lebensprozesse, durch die in der Moderne so etwas wie die Bildung selbstgewisser Individuen resultierte, wie z.B. langandauernde Beziehungskontexte, langfristig angelegte Bildungsprozesse sowie Ausbildung und Professionalisierung durch Arbeit und Beruf, geraten zunehmend in die Krise. Das Lebensprojekt verwandelt sich in eine Vielzahl von Lebensprojekten und die Biographie zerfällt in Fragmente.

Individualisierung

Individualisierung bedeutet weder eine Zunahme von Egozentrismus, auch nicht die Tendenz einer zunehmenden Emanzipation von Individuen, noch ihre zunehmende Vereinsamung oder Atomisierung, sondern beschreibt einen Wandel im Verhältnis von Individuum und Gesellschaft: Zu verzeichnen ist ein **Verlust von kollektiven Orientierungen** und Sicherheiten. Herkunftsmilieus und klassische Institutionen verlieren ihre Kraft als Geländer der Lebensführung, die dem Einzelnen Stabilität verliehen. Der dem Freisetzungprozess immanente Freiheitsgewinn weist als Schattenseite auch eine Zunahme von Risiken und Gefährdungen auf: **Die eigene Biographie muss unter den Bedingungen einer sich verschärfenden Individualisierung selbst hergestellt, Sinn und Bedeutung müssen von den Individuen in unterschiedlichen Situationen immer neu erarbeitet werden.**

Affirmative Vision:

„Sich persönlich fit zu machen, wird nicht mehr heißen, ein starkes Ich zu entwickeln, sondern in virtuellen Beziehungen zu leben und multiple Identitäten zu pflegen. Das heißt: Ich setze nicht mehr auf einen persönlichen ‚Kern‘ und suche ihn, sondern ich trainiere mir die Fähigkeit an, mich nicht mehr definitiv auf etwas festzulegen. Damit bleibe ich fit für neue Wege. Metaphorisch gesprochen: Statt in die Tiefe, gehe ich in die Breite. Ich werde zum Oberflächengestalter, ich gestalte mit meinen Stilen, torsohaften Charakteren und Identitäten Oberflächen. Dreh- und Angelpunkt der persönlichen Fitness ist nicht mehr der Aufbau einer eigenen, stabilen Identität, sondern das Vermeiden des Festgelegtwerdens“ (Bosshart). In diese Richtung entstehen neue normative Modelle, an deren Etablierung sich die Sozialwissenschaften längst beteiligen.

Kulturkritisches Modell

Die Tatsache, dass die flexible Arbeitsgesellschaft eine Zunahme von Planungsnotwendigkeit erfordert und gleichzeitig weniger Planungssicherheit garantiert, also Schnelligkeit und Kurzfristigkeit zur Lebensmaxime erhoben werden, stellt ein **Gefahrenpotential** dar sowohl für die Identitätsbildung der Subjekte wie auch für die Konstitution ihrer sozialen Beziehungen.

Die neue Zeitordnung, die sich an den Takten von Produktion und Konsumtion orientiert, steht nicht im Einklang mit der Notwendigkeit, dass die Entwicklung von personalem Vertrauen als fundamentale Voraussetzung tragfähiger Beziehungen Zeit bedarf, und diese nicht beliebig im Rahmen eines ökonomischen Kalküls effektiviert werden kann. Erst die konstanten Objektbeziehungen, bei denen es darauf ankommt, Zeit zu verlieren, nicht Zeit zu gewinnen oder einzusparen, die dauerhaften Beziehungen zu Menschen und Dingen, verleihen der Umwelt Konstanz und damit rückläufig auch dem Menschen selbst. **Dauer in Objektbeziehungen verstärken demnach auch meine Identität, das heißt, mein Gefühl, mir selbst gegenüber kein Fremder, sondern ein Mit-mir-bekannt-Gewordener zu sein.**

„Die Austauschprozesse im Kern von sozialer Inklusion“, so Sennett, „haben eine Zeitdimension; das heißt, sie erfordern Dauer in sozialen Beziehungen – keine Permanenz, aber genügend Zeit, um sich zu entfalten, und wiederholte Interaktion, um einer formellen Verpflichtung die Bedeutung einer Erfahrung zu geben“. Fallen solche Erfahrungen dauerhaft weg, dann verliert die personale und dingliche Objektwelt an Wert, weil aus ihr alle Spuren persönlicher Mühe getilgt sind; zum anderen wird die eigene Person weniger **selbstgewiss**, weil sie nicht herausgefordert wurde, also sich nicht anerkannt fühlt. Das Ich, unfähig geworden, konkrete Gegenständlichkeit festzuhalten und durch sie zur Äußerung stimuliert zu werden, verliert „Welt“ und mit diesem Verlust auch sich selbst.

ZUR FUNKTION

Zeitdiagnostik und Einmischung

In der heutigen Zeit muss die Gegenwartsanalyse, die Zeitdiagnose der Sozialen Arbeit im kritischen Sinne weiter betrieben werden. Es geht ja um die Fragen, wie die künftige Gesellschaft aussehen soll, welche Formen sozialer Teilhabe wir vor allem den benachteiligten Gruppen zugestehen wollen, welche Bedeutung materielle Absicherung und soziale Gerechtigkeit in Zukunft haben sollen. Zudem geht es um die Fragen, welche Aufgaben und Funktionen wir der Familie abverlangen, wie wir Kindheit gestalten, welche Perspektiven wir der Jugend geben wollen und wie geschlechtsspezifische Ungleichheiten im Sinne der Emanzipation beider Geschlechter verändert bzw. reflektiert gestaltet werden können.

Insofern wird sich soziale Arbeit in die gesellschaftlichen Debatten einmischen müssen, auch im Sinne der Interessenvertretung ihrer Adressaten. In der Praxis brauchen wir eine **reflexiv betriebene Soziale Arbeit**, welche die Lebensweltorientierung und die Subjektorientierung gegenüber den Anforderungen einer Effektivierung und Effizienzsteigerung im Interesse der Adressaten moderiert und auch darauf besteht, dass nur eine lebensweltorientierte Soziale Arbeit die Adressaten wirklich erreichen kann.

Im Hinblick auf die Funktionsbestimmung von Sozialer Arbeit ist nicht nur die Modifikation des Ziels der Integration, sondern auch die **Ausrichtung auf gesellschaftlich erwartete und nützliche Kompetenzen** wichtig. Dies gilt vor allem für die Bereiche der Sozialen Arbeit, die als

Zukunftssegmente und Wachstumsbereiche angesehen werden können — etwa die Zusammenarbeit mit Schule, Kindertagesbetreuung sowie Sozialisationshilfen im Kontext der Ganztagschule. Auch die Funktionen von Sozialer Arbeit im Zusammenhang mit dem soziodemographischen Wandel, in dessen Folge sich möglicherweise **neue Handlungsfelder** erschließen werden — sind Neuvermessungen sowohl hinsichtlich der Funktionen, der Legitimation wie auch im Vergleich mit und in der Abgrenzung hinsichtlich des spezifischen Profils anderer Professionen unabdingbar.

Im Hinblick auf die Funktionen von Sozialer Arbeit sollte das Leitbild von sozialer Gerechtigkeit entlang der Achsen von Geschlecht, sozialem Milieu, Alter, Region und Ethnie eine zentrale Rolle spielen. Verbunden mit einer intensiven Thematisierung, Analyse und Kritik von Entwicklungen des Wohlfahrtsstaates sowie der Auslotung von Optionen für die Soziale Arbeit steht die explizite Debatte um **soziale Gerechtigkeit** auf der Agenda.

Soziale Arbeit als Dienstleistung?

Es ist unklar, wer eigentlich der Kunde einer sozialen Dienstleistung ist. An einem Beispiel veranschaulicht: Wer bestimmt, was die **Ergebnisqualität** einer intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung mit einem mehrfachstraffälligen Jugendlichen ausmacht? Die Öffentlichkeit, die morgens ihre Autos und Autoradios unversehrt vorfinden will? Die Politik, der Öffentlichkeit durch Wahlen verpflichtet und durch die Finanzkrise in ihren Handlungsmöglichkeiten begrenzt? Die Jugendamts- bzw. Sozialverwaltung als Fachbehörde, die finanziell wie in ihren Zielen am „Tropf der Politik“ hängt? Der Anbieter der Hilfen, d.h. der kommunale, freie oder privatgewerbliche Träger, der sich einer bestimmten Tradition, einer bestimmten Philosophie, einem bestimmten Menschen- und Gesellschaftsbild verpflichtet fühlt? Die SozialpädagogInnen, die mit ihrem Wissen und Können „vor Ort“ die Arbeit erledigen? Die Personensorgeberechtigten, die laut Gesetz Adressat „erzieherischer Hilfen“ sind? Oder gar der Jugendliche selbst? Wer ist also der „Kunde“, dessen „Bedarf“ die Soziale Arbeit zu befriedigen hat?

Politisch-reflexiver Rückbezug auf Sozialpolitik

Die Soziale Arbeit befindet sich heute vor allem in Deutschland in einer unerfreulichen Opferrolle gegenüber Sozialreformen wie beispielsweise „HartzIV“, die den sozialen Status ihrer Klienten abwerten. Der Grund dafür liegt in ihrer **Depolitisierung** und ihrer **Deprofessionalisierung**:

Depolitisierung deshalb, weil weder die praktischen noch die akademischen Vertreterinnen der Disziplin bewusst die Abwertung ihrer Klienten wollen, zugleich aber **zu wenig** politische Reflexivität gelehrt und kommuniziert wird.

Deprofessionalisierung deshalb, weil die deutsche Soziale Arbeit — ganz anders als bspw. Social Work in den USA — ihre fehlende, auf die eher forschungsschwachen Fachhochschulen begrenzte Akademisierung oft auch noch mit dem naiven Verweis auf Praxisnähe begrüßt.

Allerdings könnte der Verweis auf die USA auch eine gegenteilige Kritik aufrufen: Der dort gut etablierten Disziplin des Social Work war es nicht gelungen, die Wende „von Welfare zu Workfare“ zu bremsen, was die sozialpolitische Irrelevanz der Sozialen Arbeit bestätigte — und umgekehrt, eine individualisierende Perspektive nahe lege. Hier zeigt sich jedoch nur der Unterschied zwischen notwendigen und hinreichenden Bedingungen. Eine Politisierung der Sozialen

Arbeit ist notwendig. Doch für eine politische Beeinflussung sind schlicht die Mehrheitspositionen auch in der Disziplin entscheidend und diese waren gegenüber der Aktivierungs- und generell der Marktagenda auch in den USA **höchst ambivalent**.

Soziale Arbeit als Garant von Grundrechten

Der Zusammenhang von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit ist komplex. Zugleich nimmt die Soziale Arbeit im Gesamtgefüge des modernen Sozialstaats eine **noch immer unterschätzte** Rolle ein. In einem beeindruckenden Vergleich der Entwicklung sozialer Dienste in Deutschland, Frankreich und Großbritannien gelangt Bahle zu einem Ergebnis, das diese Unterschätzung auf den ersten Blick revidieren kann: „Ohne Zweifel beginnen sich überall die Beziehungen zwischen den wohlfahrtsstaatlichen Sicherungen und der Arbeitswelt zu lösen, die als zentrales Erbe der Industriegesellschaft für den Wohlfahrtsstaat betrachtet werden können. Die sozialen Dienste spielen in dieser Hinsicht eine Pionierrolle, auch deshalb, weil sie niemals eng mit den Erwerbsstrukturen verbunden waren. Insofern können die Sicherungsformen, die sich heute in diesem Bereich ausprägen, durchaus modellgebend für andere Bereiche des Wohlfahrtsstaates sein. (...) Nicht Klassenkonflikte und Statussicherung, sondern die **Kooperation zwischen Akteuren und das Ziel der Gleichheit** haben die sozialen Dienstleistungen langfristig geprägt. Auf dieser Grundlage könnte es dem Wohlfahrtsstaat gelingen, eine neue institutionelle Basis zu finden.“

Die sozialpolitische Konfiguration, die für die Soziale Arbeit zukunftssträchtig erscheint, kann dabei als „garantistisch“ bezeichnet werden. Der Fokus auf das Individuum wird darin selbst **systemisch, funktional gefasst**, Individualisierung also gesellschaftlich kontextuiert. „Garantismus“ heißt zunächst, dass **wohlfahrtsstaatliche Sicherung im Kern an Grundrechte** gebunden ist und nicht an das Erwerbssystem. Dass dies historisch auch die Agenda sozialer Dienste und damit der Sozialen Arbeit bildet, sollte als motivierende Erkenntnis für die Zukunft des Sozialstaats gelten können.

KONSEQUENZEN

Der Bedeutungszuwachs für Humandienstleistungen kann wohl kaum überschätzt werden. Oskar Negt hat darauf hingewiesen, dass „im Bereich Krankheit und Gesundheit, Erholung, Ernährung, Bildung, Pflege im Alter, Erziehung in der Kindheit und Jugend ... sich riesige Märkte auftun, die gewaltige Steigerungsraten zu verzeichnen“ haben.

Mit welchen strukturellen Veränderungen hat nun Soziale Arbeit zu tun? Sowohl in den USA wie in Großbritannien steigt die Nachfrage nach Sozialer Arbeit steil an. Soziale Arbeit wird als eines der **Zukunftsfelder** bezeichnet, sogar die Einkommen der Sozialarbeiter wachsen. Es gibt also keinen Anlass für die These von einem Ende der sozialen Arbeit. Im Gegenteil: In den spätmodernen Gesellschaften nehmen deren Reproduktionsschwierigkeiten eine Dramatik an, die nur einen Schluss zulässt: Die Soziale Arbeit gewinnt an Gewicht und Bedeutung wie nie zuvor, sie werden Infrastrukturen, weil andernfalls das Leben, die Entwicklung der Individuen in keiner Weise mehr zu sichern wären. Soziale Arbeit reagiert also auf eine flüssige, komplex und fragil gewordene, individualisierte Gesellschaft. Während die Probleme strukturell die gleichen bleiben, genauer gesagt: sich eher zuspitzen, freilich in die Individualität hinein, verändert sich zwar weniger die Funktion sozialer Arbeit, wohl aber ihre soziale Bedeutung.

Ökonomisierung der Sozialen Arbeit

Zunehmend gerät Soziale Arbeit unter Druck: sie wird stärker denn je in Anspruch genommen und gefordert, sie wird aber zugleich in ihrer **Leistungsfähigkeit infrage** gestellt – sowohl dadurch, dass man ihre Ressourcen einschränkt, wie aber auch, indem man strenger denn je prüft, ob sie die Aufgaben erfüllt, zu welchen sie verpflichtet ist, und die Versprechen einhält, die sie selbst gibt.

Ohne Zweifel spielte betriebswirtschaftliches Denken in den Einrichtungen der Sozialen Arbeit bis in die 1980er Jahre eher eine Nebenrolle. Zwar wurden Träger und Einrichtungen im Rahmen der Gesetze immer zu wirtschaftlichem Umgang mit den öffentlichen Mitteln verpflichtet, in ihrer Legitimation bzw. im Nachweis ihrer Leistungsfähigkeit verwiesen die Träger und Einrichtungen allerdings auf einen – im Einzelfall schwer nachweisbaren – volkswirtschaftlichen Nutzen, z.B. auf den Beitrag des Jugendzentrums oder der Jugendbildungsstätte für das gedeihliche Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen insgesamt, nicht aber auf den spezifischen Ertrag für den Jugendlichen A oder das Kind B. Genau darauf aber zielt die betriebswirtschaftliche Umsteuerung des Sozialen Sektors, die in Deutschland ab Ende der 1980er Jahre durch die Einführung neuer Steuerungsmodelle in Form von Kontraktmanagement eingeleitet wurde.

Etablierung eines Sozialmarktes

Dabei geht es im Kern um die Etablierung eines Sozialmarktes, in dem überprüfbare Leistungen zu transparenten Preisen von untereinander um Kosten und Qualitäten konkurrierenden Dienstleistungsanbietern erbracht werden sollen.

Der Effizienzstaat, auf dessen Agenda die Konsolidierungspolitik ganz weit oben angesiedelt ist, **bedroht** die Zivilgesellschaft, die er lautstark fordert und einklagt, mehrfach. Durch den neuen managerialistischen Politikstil wird der Bürger (aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen) in den demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten eingeschränkt bzw. durch den Zwang befristeter wie beschleunigter Entscheidungs- bzw. Zustimmungsprozeden auf Konsens verpflichtet.

Daran ändert auch nichts der Tatbestand, dass viele zivilgesellschaftliche Organisationen die ihnen abverlangten Änderungen freiwillig nachvollziehen, weil sie auf Grund ihrer Staatsabhängigkeit in der „Sozialpartnerschaft“ die einzige Überlebenschance sehen. Die Indienstnahme zivilgesellschaftlicher Organisationen (wie z.B. die der Freien Wohlfahrtspflege im sozialen Dienstleistungssektor) zur Erfüllung staatlicher Konsolidierungsziele zwingt diesen nicht nur eine effizienzorientierte Organisationspolitik auf, die die Arbeit der dort Beschäftigten deprofessionalisiert und prekär werden lässt; zivilgesellschaftliche Organisationen verlieren durch diese ihnen aufgezwungene Effizienzpolitik vor allem ihren zivilgesellschaftlichen Charakter, werden ebenfalls ökonomisiert und wandeln sich letztlich (wie das Beispiel der Wohlfahrtsverbände zeigt) zu **Sozialbetrieben**, werden Teil des (Sozial)Wirtschaftssystems.

Effektivierung

Die Bedeutung von Effektivität in der Sozialen Arbeit hat stets eine normativ-ethische Dimension: Aufgabe beispielsweise der Sozialhilfe ist es, dem Leistungsberechtigten **die Führung eines menschenwürdigen Lebens** zu ermöglichen. Damit wird eine Brücke von dem verfassungsrechtlichen Gebot (Würde des Menschen) zu dem in dieser Weise zu konkretisierenden

Leistungsrecht der Sozialhilfe geschlagen. Hier wird also die grundsätzliche Verpflichtung des Staates zur Sicherung des Existenzminimums auf die Ebene des einfachen Gesetzesrechts übertragen. Die Mitwirkungsobliegenheiten des Leistungsberechtigten sind grundsätzlich auf dasjenige beschränkt, was der Staat im Zuge rationaler und unvoreingenommener Hilfeangebote bereithält. Sozialhilfeleistungen dienen nicht allein der materiellen Versorgung des Leistungsberechtigten („Verwaltung der Notlage“). Ihre Aufgabe weist vielmehr weit darüber hinaus: Leistungen der Sozialhilfe sollen den Leistungsberechtigten „soweit wie möglich befähigen, unabhängig von ihr zu leben“ (§ 1 Satz 2 SGB XII). Mit der Verpflichtung zu sozialem Schutz ist Sozialhilfe zugleich mit einem **Wirksamkeitserfordernis** ausgestattet.

Wirksamkeit

Nicht irgendeine Hilfe liegt im Ermessen, sondern diejenige, die geeignet ist, zur (partiellen) Überwindung der Sozialhilfebedürftigkeit beizutragen. Das impliziert auch, dass die Anforderung an Fachkräfte besteht, wirksam Hilfe zu leisten. Es ist keineswegs beliebig, was Fachkräfte der Sozialen Arbeit tun oder nicht tun. Nur diejenige personenbezogene Dienstleistung darf zu Lasten der Solidargemeinschaft erbracht werden, die wirksam ist. Zum anderen setzt der Gesetzgeber in Teilen des Sozial- und Ordnungsrechts auf die Lex-artis. Professionelles Handeln wird hier an den State-of-the-Art geknüpft, und Evidenzbasierung nimmt somit die Professionen in die Pflicht, in Ausübung ihrer fachlichen Verantwortung darzulegen, was dieser „Stand der Kunst“ in ihrer Disziplin ist

Evidenz

Für die Beurteilung der Stärke eines Wirksamkeitsbelegs ist die Bewertung des empirischen Forschungsstandes zentral. Zu ermitteln ist die **Evidenzstärke wissenschaftlicher Aussagen** (= Evidenzklassen), anschließend erfolgt auf dieser Basis die Einstufung von Empfehlungen (zur Methodik vgl. Europarat). Hier werden zumeist drei Empfehlungsklassen gebildet (A, B und C), die wie folgt definiert sind: A (= ist belegt durch schlüssige Literatur von insgesamt guter Qualität, die mindestens eine randomisierte kontrollierte Studie enthält), B (= ist belegt durch gut durchgeführte nicht-randomisierte klinische Studien) und C (= ist belegt durch Berichte/Meinungen von Expertengremien, Konsensuskonferenzen und/oder klinischen Erfahrungen anerkannter Autoritäten und weist auf das Fehlen direkt anwendbarer klinischer Studien guter Qualität hin).

Zur Politisierung der Sozialen Arbeit

Soziale Arbeit wird durch die beschriebene sozialpolitische Entwicklung paradoxerweise politischer. Das hängt zunächst damit zusammen, dass die sozialstaatlichen Regelungen wegbrechen, mithin die damit gegebenen Definitionen nicht mehr von vornherein in Geltung sind. Was im Feld sozialer Arbeit geschieht, muss nun diskutiert und offen dargestellt werden, durchaus in der Konkurrenz der unterschiedlichen Akteure. Problemdefinitionen und Problemlösungen müssen nun diskursiv gemacht werden, die Konflikte öffentlich ausgetragen werden; auch in dieser Hinsicht wird Soziale Arbeit geradezu neu vergesellschaftet, nämlich in den Raum der Debatten und Auseinandersetzungen hineingebracht — sie kann natürlich vornehm schweigen, dies aber würde dann in der Tat bedeuten, dass ihr Segment von anderen Professionen übernommen wird.

Demografischer Wandel und soziale Dienste

Gerade angesichts des demografischen Wandels ist auf die Bedeutung des Humankapitals als Zukunftsfaktor und auf Kinder und Jugendliche als vielleicht **wichtigste Ressource** des Landes hinzuweisen. Insbesondere benachteiligte Lebenslagen von Kindern sind auf öffentliche soziale Infrastruktur für eine **Kultur des Aufwachsens** angewiesen. Soziale Arbeit muss insgesamt auch den demographischen Wandel gestalten, also die Anstrengungen konkret auf die Unterstützung von Familien, Kindern und Jugendlichen, aber auch von alten Menschen und von den Verlierern der Modernisierung richten. Dazu ist eine reflexive Politisierung indem Sinne notwendig, als es Politik und Gesellschaft auf grundlegende Aufgaben der Gesellschaft in Form einer demokratischen Streitbarkeit zu verweisen gilt.

Es geht um die Gestaltung und Ermöglichung von Lebensführung und -bewältigung, um die Schaffung von Alternativen für Ausgeschlossene, es geht v.a. um Bildung als Chance der Teilhabe und der Emanzipation. Investitionen in das Humankapital sind Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft.

Im Zuge des demographischen Wandels werden sich (a) die Bedarfslagen und Nachfrageströme verändern. Die Erbringung sozialer Dienstleistungen wird weiterhin (b) im Rahmen der zur Verfügung stehenden persönlich gegebenen und gesellschaftlich bereit gestellten Ressourcen einen individuelleren Zuschnitt erfordern. Und (c) ist anzunehmen, dass die Produktionsbedingungen für soziale Dienstleistungen kaum konstant bleiben. Diese drei Impulse werden in unterschiedlichen Feldern Sozialer Arbeit vermutlich je verschiedene Folgen zeitigen. Anders formuliert: Soziale Arbeit wird sich im Zuge wachsender Divergenzen auch hierzulande spezifizieren.

Prinzipien, die einer systematischen Weiterentwicklung sozialer Dienste zu Grunde liegen, sollten vor diesem Hintergrund sein:

- Steigerung der Effizienz sozialer Dienste durch bessere Koordination im Welfare-Mix,
- fallbezogene und systembezogene Vernetzung sozialer Dienste,
- Abbau von Zugangsbarrieren zu gesellschaftlich bereit gestellten Ressourcen sowie
- Intensivierung von Qualitätssicherung und -entwicklung.

Soziale Arbeit als Gewinner der Postmodernisierung?

Expansion sozialer Dienste

Die Soziale Arbeit als gehört zu den „Gewinnern“ des gesellschaftlichen Wandels und ihre Zukunftsperspektiven scheinen rosig. Dies entspricht allerdings nicht dem Gegenwartsgefühl der Träger und der Beschäftigten in den Feldern der Sozialen Arbeit.

Die gegenwärtig spürbare Beunruhigung unter den Mitarbeitern der Sozialen Arbeit hat ihre Ursache darin, dass hinter den neuen Entwicklungen letztlich fiskalische Sparinteressen stehen.

Folgen für die Beschäftigten

Andererseits: Während sozialpädagogische Themen und Sichtweisen immer bedeutsamer zu werden scheinen, steht die Soziale Arbeit in weiten Teilen ihrer Arbeitsfelder mit dem Rücken zur Wand, verschlechtern sich Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Der Bereich sozialer

Dienstleistungen wird derzeit privatisiert und es entsteht ein hoher Lohndruck. Damit eignet er sich allerdings als Jobmaschine gerade für gering qualifizierte Menschen. Die zwei möglichen sozialpolitischen Strategien — Ausbau des öffentlichen Sektors versus Schaffung eines Wohlfahrtsmarktes — scheinen sich in Deutschland in Mischformen durchzusetzen, so dass der Kostendruck auf freie Träger und Wohlfahrtsverbände erhöht wird. Sie zahlen zunehmend unter Tarif. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes dürfte generell also auf eine schärfere Zerteilung in einen auskömmlichen und andererseits einen Niedriglohnsektor hinauslaufen.

Für die Träger

Für die frei-gemeinnützigen Träger sozialer Dienste zeichnet sich eine rasante Fahrt in eine immer ungewissere Zukunft ab und die Planungsrisiken für Träger wie für Beschäftigte werden insbesondere im Zusammenhang mit vermehrten, europaweiten Ausschreibungsverfahren noch deutlich zunehmen.

Ausdünnung der Trägerlandschaft

Exemplarisch konnte in einer Studie zur Situation in der Sozialen Arbeit im Thüringen gezeigt werden, dass beschlossene Sparmaßnahmen sich nicht am gesunkenen Bedarf orientierten, sondern vor dem Hintergrund eines Paradigmenwechsels in der Sozialpolitik vonstatten gehen.

Mit dem Prinzip der Regionalisierung und Eigenverantwortung der Kommunen – bei gleichzeitigem Rückzug des Landes aus bestimmten Verantwortungsbereichen und unzureichender finanzieller Ausstattung durch das Land (und z.T. dauerhaft niedrigem Steueraufkommen in strukturschwachen Gebieten), werden diese ebenfalls zu Einsparungen im sozialen Bereich gezwungen.

Die Aufrechterhaltung von Angeboten wird in die Verantwortung der freien Träger verlagert. Die öffentlichen Träger, eigentlich per Gesetz für eine ausreichende soziale Infrastruktur im sozialen Nahraum zuständig, werden selbst zu Sparkommissaren statt zu Gestaltern. Qualitätskriterien und Fachlichkeit geraten dabei immer mehr in den Hintergrund.

Die Ausschreibungspraxis von zeitlich befristeten Projekten für spezifische Problemgruppen befördert den Abwärtskurs von Preisen und Fachlichkeit, ähnlich wie in anderen Branchen. Auf der Ebene der Träger der Sozialen Arbeit erhöhen sich dadurch der interne Druck und die Konkurrenz zwischen anderen „Anbietern“. So kommt es auch zu einer Ausdünnung der vormals pluralen Trägerlandschaft, bei der die Größeren überleben, die kleinen, oftmals sehr innovativen Träger ihre Angebote einschränken oder gar aufgeben müssen.

Herstellung sozialer Ressourcen

Es wird die zentrale Aufgabe einer verberuflichten und professionalisierten Sozialen Arbeit für die Zukunft sein, die ihre sozialpädagogischen Wurzeln nicht vergessen hat, danach zu fragen, wie eine „öffentlich hergestellte Ressource des Sozialen“ (Rauschenbach 1999) aussehen müsste, die die **freie und wechselseitige Verbundenheit der unterschiedlichen Individuen zur Voraussetzung hat, die sich aus ihrer Vereinzelung lösen, um ihre Gesellschaftlichkeit auf sozialen Formen des Zusammenschlusses und der freiwilligen Kooperation zu gründen.**

Konzentration und Professionalisierung

Soziale Arbeit wird sich einerseits auf ihre Kernaufgaben – Aufrechterhaltung einer sozialen Infrastruktur für alle Probleme der Lebensbewältigung, des Aufwachsens und der Bildung – konzentrieren müssen. Diese Bereiche müssen zunehmend professionalisiert werden. Es geht sowohl um die Erhaltung von fachlichen Standards wie – damit zusammenhängend – die Abgrenzung gegenüber Ökonomisierungszumutungen.

Die Soziale Arbeit muss sich mit der Entwicklung von Perspektiven für die Ausgegrenzten (ausgeschlossene Arbeitslose und Jugendliche) und den Folgen des demografischen Wandels beschäftigen, neue Lösungen und Betätigungsfelder müssen entwickelt werden. Generell könnte dabei der große Bereich sozialer Dienstleistungen im weiten Sinne – Betreuung von Kindern, Hilfen für Familien, Dienstleistungen für Familien, soziale Dienstleistungen für Alte usw. – ein Entwicklungsfeld sein.

In diesem Bereich könnten Übergänge zwischen den Milieus, den Subkulturen, der Beschäftigung, der Infrastruktur und dem zivilgesellschaftlichen Bereich auch als Alternativen zum ersten Arbeitsmarkt ausgestaltet werden.

Emanzipatorische Konzepte von Bildung müssen stärker in die verschiedenen Bereiche von Sozialer Arbeit integriert werden. Da sich Soziale Arbeit in den östlichen Bundesländern stärker als im Westen mit den Perspektiven für Ausgegrenzte beschäftigen muss, ist der Fokus auch auf die professionellen „Schnittstellen“ und Arbeitsfelder (etwa von Psychiatrie bzw. Justiz und Jugendhilfe) zu legen, um weitere Ausgrenzungen zu vermeiden. Auch sozialräumliche Perspektiven spielen hier eine zentrale Rolle. Dies ist eine immense fachliche, auch methodische Herausforderung.

Die Vertreter und Anbieter der Sozialen Arbeit werden sich stärker fachlich profilieren müssen. Das hängt zunächst einmal damit zusammen, dass sie eben auf keine staatlich vorgegebenen Regeln zurückgreifen können – man kann sogar vermuten, dass noch die gesetzlichen Regelungen weiter ausgedünnt und nur noch auf den Bestand von Sanktionsmaßnahmen reduziert werden.

Wer die Debatten um die europäischen und internationalen Dienstleistungsregelungen ansieht, gewinnt eine Ahnung einer solchen Minimalisierung von Rechtsvorschriften. Sie zieht nach sich, dass Soziale Arbeit – formal gesehen – sehr viel mehr Transparenz für das Erzeugen muss, was sie anbietet und tatsächlich leistet, dass sie – inhaltlich – sehr genau beschreiben und begreifen muss, welches die jeweils gültigen Handlungsimperative und Regeln sein sollen. Was und wie sie etwas tut, muss von ihr selbst bestimmt und sichtbar gemacht werden.

Soziale Arbeit muss sich professionalisieren, indem sie sich – etwas spitz formuliert – von ihren Klienten auch wieder löst, diese auf sie selbst verweist. Dies aber gelingt nur, indem Lern- und Entwicklungsprozesse stattfinden, die von den Klienten auch als solche erfahren und genutzt werden können. Sie muss möglicherweise endlich anfangen, ernsthaft über einen ethischen Code nachzudenken, mit welchem sie definiert, was denn nun Professionalität in ihrem Feld ausmacht und wie diese zu realisieren ist, welchen Maßstäben sie zu genügen hat. Wichtig wird, ob es ihr gelingt, Kriterien und Normen zu entwickeln, welchen sich alle Beteiligten in einem Feld beugen,

Kurz und gut: als Aufgabe steht an, dass Soziale Arbeit sich nun wirklich professionalisiert – nicht, ob sie sich ihrer Traditionen entsinnt und diese bewahrt, sondern schlicht und einfach, ob sie die Herrschaft über sich gewinnt, gleich welches Thema ihre Mitglieder denn auch bearbeiten. Hierliegt eine Aufgabe, die gewiss nicht ganz neu ist, der die Soziale Arbeit sich aber bislang entziehen konnte – unter den Bedingungen einer späten Moderne kann sie sich dieser wohl nicht mehr verweigern.

Individualisierung und Flexibilisierung Sozialer Arbeit

Weil sie nicht mehr auf vorab festgelegte und geregelte institutionelle Settings zurückgreifen kann und weil sie zugleich mithochgradig individualisierten Adressaten zu tun hat, müssen sich die Unternehmen der sozialen Arbeit und ihre Mitarbeiter in einer ihnen bislang noch gar nicht erkannten Art und Weise auf die Problemlagen und die Handlungsmöglichkeiten ihrer Klienten einlassen– übrigens im Guten wie im Schlechten.

Einerseits gewinnen etwa das individuelle Fallverstehen wie die Formen von flexibler und integrierter Praxis noch mehr Gewicht. Doch in der neuen sozialen Arbeit gibt es andererseits keine Schematismen. Die einzelnen Unternehmen des Sozialen werden sich auf dem Markt damit profilieren müssen, ob und inwiefern sie überhaupt Partizipation der Klienten zulassen.

Entwicklung und Aufgaben sozialer Berufe

Eine Hierarchisierung im Spektrum sozialer Berufe liegt nahe. Die Aufgaben von Fachkräften werden zunehmend im Bereich der Fall- und Systemsteuerung, also der indirekten Arbeit, zu verorten sein, ergänzt um direkte Arbeit in kritischen, risikobehafteten Situationen, die komplexe Interventionen erfordern. Die direkte Erbringung anderer bedarfsnotwendiger Hilfe kann unter Aufsicht von Fachkräften durchaus in vielen Situationen von geringer oder nicht qualifizierten Kräften ausgeführt werden.

Es wird in Zukunft weniger um quantitatives Wachstum in der Sozialen Arbeit gehen, sondern um qualitative Entwicklungen. Die Generierung sozialer Dienstleistungen wird zukünftig komplexer, weil in mehreren Bedeutungsdimensionen, wie skizziert, differenzierter. Managerielle Kompetenzen werden vermutlich stärker erforderlich sein, bei einer gleichzeitigen Hierarchisierung der sozialen Berufe entlang der Scheidung zwischen Steuerungs- und Anleitungsfunktionen durch Fachkräfte einerseits (indirekte Leistungen) sowie der Dienstleistungserbringung beim Klienten im Mix unterschiedlich formal qualifizierter Akteure andererseits (direkte Leistungen).

Personalentwicklung

Wie immer man solche Entwicklungen bewerten mag, die sich auch in anderen Professionen (z.B. der Pflege) abzeichnen: Träger sozialer Dienste werden in Zukunft mit im Durchschnitt älteren Mitarbeitern personenbezogene Dienstleistungen erbringen müssen. Wenn das Feld Soziale Arbeit für „dünner besetzte“, nachrückende Geburtenjahrgänge attraktiv bleiben soll, muss erkennbar sein, dass es hier Aufstiegsmöglichkeiten gibt und sozialwirtschaftliche Unternehmen eine systematische Personalentwicklung praktizieren.